

Politik

Nice-Prozess: Alle Angeklagten schuldig gesprochen

Paris. Im Prozess um den wohl islamistisch motivierten Terroranschlag in Nice vor sechs Jahren mit 86 Toten hat das Gericht zwei Angeklagte wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu 18 Jahren Haft verurteilt. Der Vorsitzende Richter Laurent Raviot sagte gestern Abend im Pariser Justizpalast, die beiden hätten den Attentäter moralisch und materiell unterstützt und ihn inspiriert. Das Gericht verhängte zwölf Jahre Haft für den Mann, der dem Attentäter die Schusswaffe besorgte, die dieser beim Anschlag benutzte. Die weiteren fünf Beschuldigten in dem Prozess, die ebenfalls in die Beschaffung einer Waffe involviert waren, sollen zwischen zwei und acht Jahren in Haft.

Bei dem Attentat mit einem Lastwagen auf der Promenade des Anglais in Nice waren am 14. Juli 2016 86 Menschen ums Leben gekommen. Mehr als 200 Personen wurden verletzt. dpa

EU-Staaten einigen sich auf das Einfrieren von Geldern für Ungarn

Brüssel. Der ungarische Premier Viktor Orban hat im Kampf gegen den Entzug von EU-Mitteln für sein Land eine große Niederlage erlitten. Wegen der Sorge, dass Gelder in Ungarn wegen unzureichender Korruptionsbekämpfung veruntreut werden, sollen nach einer Mehrheitsentscheidung im Kreis der anderen EU-Staaten bis auf Weiteres 6,3 Milliarden Euro blockiert werden. Dies teilte die derzeitige tschechische EU-Ratspräsidentschaft in der Nacht zum Dienstag nach einer Sitzung der ständigen Vertreter der Mitgliedsstaaten in Brüssel mit. Die nur noch formal zu beschließende Einigung ist beispielsweise, ein solches Vorgehen gegen einen EU-Staat gab es noch nie. Ungarn hat gestern gelassen auf das Einfrieren der Milliardenzahlungen aus Brüssel reagiert. dpa

Wieder keine Einigung auf EU-weiten Gaspreisdeckel

Brüssel. Die EU-Staaten haben sich unter anderem wegen Vorbehalten Deutschlands erneut nicht auf einen europäischen Gaspreisdeckel einigen können. „Einige Fragen konnten heute nicht geklärt werden und müssen offenbleiben“, sagte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) gestern nach stundenlangen Verhandlungen in Brüssel. Als deutsche Anliegen nannte er die Versorgungssicherheit und die Finanzmarktstabilität. Man habe zudem bei dem Sondertreffen der Energieminister auch Fortschritte erzielt bei technischen Fragen und bei der Struktur des Mechanismus. Offen sei noch, wie hoch der Preis sein solle. Dies sollte beim nächsten Energieministertreffen Montag geklärt werden. dpa

„Kein Mensch ist illegal“

Die ASTI fordert die Regularisierung von Langzeitmigranten und räumt in einer Broschüre mit Vorurteilen auf

Von Simone Molitor

Maria Stankovic war elf, als sie mit ihrer Familie aus dem Kosovo nach Luxemburg kam. Mittlerweile ist sie 21, hat aber erst seit wenigen Monaten eine Aufenthaltsgenehmigung. „Es war ein extrem schwieriger Weg. 2014 wurde unser Asylantrag abgelehnt. Wir hatten aber Angst, in den Kosovo zurückzukehren, weil die Bedingungen dort sehr schlecht waren. Alle Versuche, beim Außenministerium etwas zu erreichen, blieben ohne Erfolg. 2015 wurde meine Mutter schwanger, ein Jahr später sollten wir das Land definitiv verlassen. Seither lebten wir illegal in Luxemburg“, erzählt sie.

Als Marias kleine Schwester gerade einmal 12 Monate alt war, wurden sie vom Eigentümer ihrer Unterkunft vor die Tür gesetzt. „Wir haben uns auf der Straße wiedergefunden. Ein Freund hat uns schließlich bei sich aufgenommen. Meine drei Schwestern und ich haben unsere Schule fortgesetzt.“ Eine Lehrstelle fand Maria später nicht, weil sie keine Papiere hatte. Sie musste sich anders durchgeschlagen und besuchte die Abendschule. Nach zehn schweren Jahren, vielen Umwegen und dank der Hilfe der ASTI haben Maria und ihre Familie nun einen geregelten Aufenthaltsstatus.

Zahlen fehlen, „es sind aber keine Massen“

Marias Geschichte ist nur ein Beispiel von vielen. Um die Problematik besser zu veranschaulichen und mit Vorurteilen aufzuräumen, hat die ASTI nun eine Broschüre mit dem Titel „Les sans-papiers au Luxembourg: au-delà des préjugés et des fantasmes“ herausgegeben. „Es ist das letzte Mal, dass wir das Wort ‚Sans-Papiers‘ benutzen werden“, unterstreicht ASTI-Präsident Evandro Cimetta. Der Begriff stecke voller Vorurteile. „Schlimmer noch ist die Bezeichnung ‚Illegaler‘, sie ist nicht menschenwürdig. Jeder Mensch ist legal. Auch wenn ihm – und das ist meistens der Fall – in der ganzen administrativen Prozedur ein kleiner Teil fehlt“, verdeutlicht er.

Wie viele Migranten ohne geregelten Aufenthaltsstatus tatsächlich in Luxemburg leben, lasse sich nur schwer sagen, weiß Jessica Lopes vom Guichet Info Migrants der ASTI. „Aufgrund ihres fehlenden Status leben diese Menschen in gewisser Weise im Verborgenen.“ Einige wenige Anhaltspunkte gebe es dennoch: 450 Personen, darunter 160 Minderjährige, haben seit März 2020 von der Verteilung von Lebensmittelgutscheinen der ASTI profitiert. Bei der letzten Regularisierungsaktion im Jahr 2013 erhielten 543 Personen eine Aufenthaltsgenehmigung. Es handle sich um ein Randphänomen, betont die ASTI.

„Diese Menschen finden sich im alltäglichen Leben in unmöglichen Situationen wieder und haben kaum Rechte. Das führt nicht selten zu Ausbeutung und Misshandlung“, gibt Cimetta zu bedenken. Während der Covid-Pandemie sei dies besonders deutlich geworden. „Da die Wirtschaft ge-



„Niemand flüchtet, um in einem anderen Land vom System zu profitieren, sondern wegen der dramatischen Situation in der eigenen Heimat“, verdeutlichen Evandro Cimetta (l.) und Sérgio Ferreira von der ASTI. Fotos: Anouk Antony



„Es ist ein Thema, das spaltet“, weiß Jessica Lopes von der ASTI.



Maria Stankovic war elf Jahre alt, als sie mit ihrer Familie nach Luxemburg flüchtete.

stoppt wurde, haben sie ihr Einkommen verloren, wurden jedoch nicht durch das soziale Netzwerk aufgefangen, hatten kein Geld für Essen und keinen Zugang zu staatlichen Hilfen“, ruft Sérgio Ferreira, politischer Direktor der ASTI, in Erinnerung. Ab April 2020 habe man Lebensmittelgutscheine verteilt. Einzig auf die Unterstützung der Oeuvre Grande-Duchesse Charlotte und der Fondation Losch habe man zählen können.

Keine Gefahr für das Land

In der Broschüre wird deutlich gemacht, dass die Regularisierung der Langzeitmigranten keine Gefahr für das Land darstellt. „Es ist ein Thema, das spaltet. Vieles wird vermischt. Es werden Begriffe benutzt, die nicht korrekt sind, es werden Zahlen erfunden, es wird so dargestellt, als würden diese Menschen nur vom System profitieren wollen“, kritisiert Jessica Lopes. Auch sie unterstreicht, dass es sich nicht um „riesige Zahlen“ handle, ebenso wenig wie um eine homogene Gruppe, „sondern um Personen, die ihr Aufenthaltsrecht verloren haben – etwa weil sie arbeitslos wurden oder ihre Studien abgebrochen haben –, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die über die Gültigkeitsdauer ihres

Kurzzeitvisums hinaus im Land geblieben sind, die bereits eine Aufenthaltsgenehmigung in einem anderen europäischen Land haben oder die illegal nach Europa eingereist sind“.

Niemand würde flüchten, um in einem anderen Land vom System zu profitieren, sondern wegen der dramatischen Situation in der eigenen Heimat, bringt es der Präsident der ASTI auf den Punkt. „Unsere Hauptforderung ist deshalb eine Regularisierung aller betroffenen Menschen, die so wieso jetzt schon da sind. Außerdem schlagen wir Änderungen am Immigrationsgesetz vor, damit keine neuen irregulären Situationen mehr geschaffen werden. Wenn wir das tun, werden wir überrannt, damit geben wir ein falsches Signal“, wird gerne behauptet. Das ist ein Hirngespinnst. Es gibt Beispiele aus der Vergangenheit, die zeigen, dass solche Befürchtungen unbegründet sind. Dann wären wir spätestens, seit es das Recht auf Freizügigkeit in der EU gibt, überschwemmt worden“, bekräftigt Cimetta.

Fehlender politischer Mut

Mit einer Kampagne will man die Parteien im Vorfeld der Wahlen sensibilisieren. Illusionen macht sich die Vereinigung aber nicht. „Diesen Themen nimmt man sich nicht an, um Stimmen zu bekommen. Es fehlt an politischem Mut“, bedauert Cimetta. „Luxemburg ist ein Immigrationsland, wo aber die Immigration nicht diskutiert wird, sie ist quasi ein Tabu oder wird genutzt, um zu manipulieren und falsche Bilder in Umlauf zu bringen. Wir brauchen eine inhaltliche Diskussion“, fügt Ferreira hinzu.

● **Luxemburg ist ein
Immigrationsland, wo
aber die Immigration
nicht diskutiert wird.**

Sérgio Ferreira, politischer Direktor der ASTI

